

## Vorlage Stadtparlament

Datum 2. September 2025  
Beschluss Nr. 808  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Chompel Balok: Geflüchtete aus Neckertal in der Stadt unterbringen; Beantwortung

Am 8. Mai 2025 reichte Chompel Balok die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Geflüchtete aus Neckertal in der Stadt unterbringen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Die Asylverordnung des Kantons St.Gallen (sGS 381.12) regelt den Vollzug des eidgenössischen Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (SR 142.31, AsylG) für Personen, die gestützt auf dieses Gesetz durch das Staatssekretariat für Migration dem Kanton St.Gallen zugewiesen wurden oder für die er als zuständig bezeichnet wurde. Dieser «Verteilmechanismus» sieht im Grundsatz eine solidarische und bevölkerungsproportionale Verteilung der Geflüchteten auf die Gemeinden vor und definiert eine Aufnahme- bzw. Zuweisungsquote. Bei der Berechnung der Quote sind unter anderem die Anzahl der Geflüchteten innerhalb des durch den Bund bereitgestellten Refinanzierungszeitraums (je nach Aufenthaltsstatus fünf bis sieben Jahre) sowie die Anzahl Plätze in den Asylzentren und in den vom Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen (TISG) geführten Wohngruppen massgeblich.

#### 2 Beantwortung der Fragen



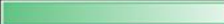





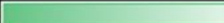











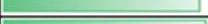





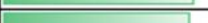





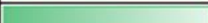


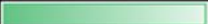


























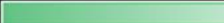























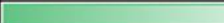


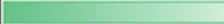
























1. *Ist der Stadtrat bereit, sich bei der TISG um eine kostendeckende Unterbringung von Geflüchteten aus der Gemeinde Neckertal (Auboden) in der Stadt St.Gallen zu bemühen?*

Die Stadt St.Gallen zeigte und zeigt sich offen und solidarisch bei der Aufnahme von Geflüchteten. Sie hat in der Vergangenheit ihre Verantwortung wahrgenommen und die grundsätzlich bevölkerungsproportionale Aufnahmeverpflichtung mehr als erfüllt. Der Stadtrat ist auch offen für die Errichtung eines Asylzentrums in der Stadt St.Gallen. Der Betrieb eines Asylzentrums durch den TISG auf städtischem Boden hätte diverse Vorteile. Besonders zu erwähnen ist, dass der TISG die Aufwände hätte (u.a. personell, finanziell) und dennoch 40 % der Plätze bis maximal 60 Personen dem Bestand der Stadt angerechnet würden, womit die weiteren Aufnahmeverpflichtungen geringer ausfallen würden. Die Offenheit seitens Stadt zeigte sich unter anderem in der Unterstützung der temporären Umwandlung der Jugendherberge in ein Asylzentrum im Winter 2024/2025. Zudem hat die Stadtverwaltung wiederholt Liegenschaften zur Einrichtung eines Asylzentrums geprüft. Zusammenfassend

würde der Stadtrat den Betrieb eines Asylzentrums auf städtischem Boden unterstützen, dies scheiterte bislang aber am Fehlen einer geeigneten Unterkunft bzw. eines geeigneten Gebäudes.

*2. Inwiefern nimmt die Stadt generell ihre Verantwortung bei der Unterbringung von Geflüchteten wahr? Wie viele Geflüchtete hat die Stadt in den letzten 5 Jahren untergebracht und wie sieht dies im Vergleich zu den anderen Gemeinden (Anzahl Geflüchtete pro Einwohner\*in) im Kanton aus?*

Zur Überprüfung der aktuellen Situation und Aufnahmeplanung erhält jede Gemeinde in der Regel monatlich eine von der kantonalen Fachstelle für Statistik und dem TISG aufbereitete Soll-Ist-Liste, in welcher etwa festgehalten ist, wie die Gemeinden ihrer Aufnahmeverpflichtung nachgekommen sind und wie hoch der Anteil Geflüchteter an der Bevölkerung ist. Das Soll-Ist bezieht sich dabei ausschliesslich auf Personen, welche vom Bund über die Globalpauschale refinanziert werden, während der Anteil auf die gesamte Flüchtlingsbevölkerung in Relation zur Wohnbevölkerung dargestellt wird. Der TISG bemüht sich um eine ausgeglichene Verteilung der Flüchtlinge, jedoch zeigt sich, dass dies nur bedingt funktioniert. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass ein wesentlicher Anteil der Geflüchteten infolge übergeordneter Gesetzgebung bislang innerkantonale Niederlassungsfreiheit verfügt und ihren Wohnort selbst aussuchen kann. Nachfolgende Darstellung fasst die Situation der Stadt St.Gallen seit Januar 2022 in Bezug auf die Soll-Ist-Quote sowie den Anteil aller Geflüchteten an der städtischen Wohnbevölkerung zusammen.

	Differenz Soll/Ist-Liste TISG				Anteil FL/VA an ständiger Wohnbevölkerung		Differenz St.Gallen/Kanton
	absolut		prozentual		St. Gallen	Kanton SG	
Mai 25		32		3%	2.43%	2.03%	 0.40%
Apr 25		15		1%	2.43%	2.06%	 0.37%
Mär 25	keine Datenlieferung						
Feb 25		71		6%	2.47%	2.06%	 0.41%
Jan 25		70		6%	2.50%	2.07%	 0.43%
Dez 24		61		5%	2.49%	2.08%	 0.41%
Nov 24		49		4%	2.46%	2.06%	 0.40%
Okt 24		4		0%	2.40%	2.05%	 0.35%
Sep 24		7		1%	2.40%	2.04%	 0.36%
Aug 24		-7		-1%	2.38%	2.04%	 0.34%
Jul 24		-16		-1%	2.40%	2.07%	 0.33%
Jun 24		1		0%	2.42%	2.06%	 0.36%
Mai 24		17		2%	2.43%	2.06%	 0.37%
Apr 24		13		1%	2.42%	2.06%	 0.36%
Mär 24		35		3%	2.37%	1.99%	 0.38%
Feb 24		45		4%	2.37%	1.99%	 0.38%
Jan 24		50		5%	2.37%	1.97%	 0.40%
Dez 23		54		5%	2.37%	1.97%	 0.40%
Nov 23		60		6%	2.38%	1.94%	 0.44%
Okt 23		80		8%	2.38%	1.94%	 0.44%
Sep 23		101		10%	2.38%	1.79%	 0.59%
Aug 23		101		10%	2.38%	1.79%	 0.59%
Jul 23		106		11%	2.41%	1.78%	 0.63%
Jun 23		78		8%	2.35%	1.78%	 0.57%
Mai 23		88		9%	2.36%	1.78%	 0.58%
Apr 23		76		8%	2.32%	1.77%	 0.55%
Mär 23		92		10%	2.33%	1.79%	 0.54%
Feb 23		86		9%	2.34%	1.80%	 0.54%
Jan 23		96		10%	2.34%	1.77%	 0.57%
Dez 22		79		9%	2.30%	1.75%	 0.55%
Nov 22		92		10%	2.30%	1.74%	 0.56%
Okt 22		78		8%	2.29%	1.75%	 0.54%
Sep 22		58		6%	2.24%	1.74%	 0.50%
Aug 22		24		3%	2.19%	1.72%	 0.47%
Jul 22		-20		-2%	2.08%	1.67%	 0.41%
Mai 22		7		1%	1.86%	1.43%	 0.43%
Mär 22		-8		-2%	1.50%	1.08%	 0.42%
Feb 22		-10		-2%	1.50%	1.08%	 0.42%
Jan 22		4		1%	1.51%	1.07%	 0.44%

Diesen Soll-Ist-Listen ist zudem zu entnehmen, dass ein wesentlicher Anteil der 75 Gemeinden die Soll-Quote in den vergangenen Jahren selten bis nie erfüllte und somit ihren Aufnahmeverpflichtungen nicht vollständig nachkam. Nur eine Minderheit der Gemeinden, meist Standortgemeinden eines Asylzentrums sowie Gemeinden mit verfügbarem Wohnraum und/oder einer Zentrumsfunktion, nehmen eine überproportionale Verantwortung wahr. Gerade Gemeinden mit verfügbarem Wohnraum wie die Stadt St.Gallen sind oft zusätzlich von Zuzügen von Geflüchteten betroffen, die in der Ursprungsgemeinde in einer Kollektivunterkunft untergebracht waren und diese auf der Suche nach einer eigenen Wohnung verlassen.

Der Verbesserungsbedarf am Verteilmechanismus zeigt sich unter anderem an den Diskussionen im Kantonsrat der vergangenen Monate über eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit der anerkannten Flüchtlinge sowie über die Anrechnung von Personen an der Soll-Ist-Quote, die nicht mehr vom Bund refinanziert werden.

*3. Welche Erfahrungen hat die Stadt bisher bei der Unterbringung von Geflüchteten gemacht?*

Aufgrund der grossen Anzahl an Geflüchteten, welche die Stadt in der Vergangenheit aber auch aktuell unterstützt und unterbringt, verfügt die Stadt über reichhaltige Erfahrungen. In den vergangenen Jahren reichten die Unterbringungsformen von Gastfamilien, einem Asylheim, Gruppenunterkünften und Wohngemeinschaften bis hin zu (Familien-)Wohnungen. Der Stadtrat vertritt die Ansicht, dass im Regelfall eine nachhaltige Integration durch eine selbstständige Wohnform – sprich eine eigene Wohnung für die Betroffenen – am besten gefördert wird, da diese Wohnform besonders Rücksicht nimmt auf Aspekte der Selbstständigkeit und der sozialräumlichen Verankerung. Der Stadtrat zeigt sich insgesamt über die mehrheitlich positiv verlaufende Integration der Geflüchteten erfreut. Die Integrationsarbeit ist dabei mit Aufwänden verbunden und muss konsequent angegangen werden, jedoch trägt die Anwesenheit von Geflüchteten zur (kulturellen, sprachlichen, gastronomischen) Vielfalt der Stadt bei, und auch die Wirtschaft kann vom Zuwachs an potenziellen Arbeitskräften profitieren.

*4. Welche geeigneten Liegenschaften/Standorte in der Stadt stehen für eine Unterbringung zur Verfügung?*

Die Stadt St.Gallen hat in der Vergangenheit wiederholt versucht, den TISG bei der Suche einer geeigneten Unterkunft in der Stadt zu unterstützen – bislang erfolglos. Der TISG führt in der Stadt St.Gallen diverse Wohngemeinschaften für junge Erwachsene, grossmehrheitlich Männer. Damit bringt der TISG in der Stadt St.Gallen aktuell 58 junge Erwachsene unter, was dem Äquivalent eines kleinen Asylzentrums entspricht. Während Plätze in Asylzentren den Standortgemeinden zu 40 % angerechnet werden, sind es bei den Wohngemeinschaften nur 20 % – zum Nachteil der Standortgemeinden von Wohngemeinschaften.

*5. Welche steuerlichen Einbussen hätte die von der Petition geforderte Verlegung des Sitzes der TISG für die Stadt?*

Beim TISG handelt es sich um einen steuerbefreiten Verein. Es ist daher mit keinen steuerlichen Einbussen zu rechnen.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 8. Mai 2025